

Antrag 336/I/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme und Überweisung Landesgruppe im BT (Konsens)****Housing First heißt auch Verschuldung vorbeugen: Nachforderungen durch Krankenkassen von Wohnungslosen erlassen**

1 Die Mitglieder der SPD-Fraktion im deutschen Bundestag
2 und die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung werden
3 aufgefordert, in Zusammenarbeit mit allen zuständigen
4 Akteur*innen alle notwendigen Gesetze und Verordnungen
5 so zu ändern, dass Menschen, die nach einer Zeit der
6 Wohnungslosigkeit wieder eine Wohnung gefunden haben,
7 alle Nachforderungen durch die gesetzlichen Krankenkassen,
8 bspw. aufgrund nicht gezahlter Beiträge automatisch,
9 also auch ohne entsprechenden Erlassantrag, erlassen
10 werden. Dies soll der Schuldenvermeidung in der
11 Phase des Wieder-Fuß-Fassens dienen.

12

Begründung

14 Die Nationale Armutskonferenz (nak), ein Zusammenschluss
15 der in der Armutsbekämpfung und -prävention tätigen
16 Wohlfahrtsverbänden, bemängelt seit langem die großen
17 Hürden, auf die Menschen treffen, die versuchen der
18 Wohnungslosigkeit zu entkommen und sich ein neues
19 Leben aufzubauen. Ein großer Faktor dabei ist, dass
20 viele in der Zeit ihrer Wohnungslosigkeit Nachforderungen
21 durch die Krankenkasse angehäuft haben. Die gängige
22 Praxis der erfolgreichen Arbeit der Clearingstelle in Berlin
23 zeigt die Verbindung von Krankenversicherungen und
24 Armutsbetroffenheit. Verschuldung ist nicht zuletzt einer
25 der größten Verursacher von Wohnungslosigkeit. Eine
26 weitere oder wiederholte Verschuldung führt dazu, dass
27 das Wiedereinfinden in den Alltag mit Wohnung gefährdet
28 werden kann und genau das sollte Priorität haben. In
29 jedem Fall ist Prävention von Armut die menschenwürdigste
30 und nachhaltigste Option, auch, wenn Beiträge verloren
31 gehen könnten.

32